Newsletter Mai 2014

Russland – Europa



Prof. Dr. Albert A. Stahel

Der russische Imperialismus in der Geschichte

Wie schon Friedrich Engels, Weggefährte von Karl Marx, einst zu Recht bemerkte, weist Russland keinen eigentlichen Schwerpunkt auf. Dem russischen Reich fehlen deshalb festgefügte Grenzen.[1] Dazu kommt noch, dass diese Grenzen den russischen Machthaber seit dem Einfall der Mongolen keine Sicherheit bieten. Diese Unsicherheit hat dazu geführt, dass Russland im Verlaufe der Jahrhunderte, vor allem seit der Machtergreifung durch Peter den Grossen (1672 – 1725)[2], immer wieder seine Nachbarn besetzte und auslöschte. Peter der Grosse war auch jener Zar, der das russische Reich gezielt zu einer Militärdiktatur umformte. Während Jahrhunderten verzögerte als Gegenmacht Polen-Litauen den russischen Vorstoss nach Europa. Mit der dritten Teilung von Polen vom 24. Oktober 1795 wurde diese Gegenmacht durch Russland dank der Mithilfe von Preussen und den Habsburgern zerschlagen. Mit dem Frieden von Tilsit vom 7. – 9. Juli 1807 versuchte Napoleon aus den ehemaligen preussischen Polenprovinzen erneut ein polnischer Staat, das Grossherzogtum Warschau, zu gründen.

Nach dem Fall von Napoleon und damit dem Ende der napoleonischen Kriege wurde 1815 «Kongress»-Polen mit Russland vereinigt. Damit herrschte das Zarenreich bis zu den Grenzen von Preussen und ab 1871 bis zur Grenze des zweiten deutschen Kaiserreichs. Der Erste Weltkrieg und die Oktoberrevolution von 1917 beendeten vorläufig die Vormacht von Russland über Europa. Die westlichen Grenzen Russlands und damit die Sowjetunion wurden durch die Neugründungen von Polen und der baltischen Staaten nach Osten zurückgedrängt.

Am 23. August 1939 schlossen das Dritte Reich unter der Führung von Adolf Hitler und die Sowjetunion unter der Herrschaft von Josef Stalin den Moskauer Pakt. Im Feldzug vom September bis Oktober 1939 wurde Polen gemeinsam durch das Dritte Reich und die UdSSR politisch zerschlagen. Damit erfolgte die vierte Teilung Polens. Stalin gliedert seinem Reich den Osten Polens, das weitgehend dem Westen des heutigen Weissrussland und dem Westen der Ukraine mit Lemberg entspricht. 1940 unterwarf und sowjetisierte Stalin die baltischen Staaten. Mit dem Ende des Winterkriegs gegen Finnland eroberte er Karelien.

[1] Engels, F., Revolution und Konterrevolution in Deutschland, Dietz Verlag, (Ost-)Berlin, 1971, S. 89/90.

[2] Peter the Great, Northern War of 1700 – 1721, The Order of Lenin State History Museum, Moscow, 1990.

Aufgrund weiterer Abmachungen mit Hitler übernahm Stalin die Moldau. 1941 verfügte Stalin westlich des Dnjepr über 160 Divisionen mit 10'000 Kampfpanzer.

Gestützt auf den Vertrag von Jalta vom 11. Februar 1945 mit den USA und Grossbritannien und dem Zusammenbruch des Dritten Reichs errichtete Stalin nach Kriegsende einen Herrschaftsbereich, der sich im Westen über Mitteldeutschland (der späteren DDR), Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien erstreckte. Nach 1949 verbündete sich Stalin im Osten mit der chinesischen Volksrepublik von Mao. 1950 griff Nordkorea, vermutlich angestiftet durch Stalin, Südkorea an. Möglicherweise versuchte der sowjetische Machthaber durch diesen Krieg die USA aus dem Festland Asiens zu vertreiben. 1953 endete der Koreakrieg mit einem ungewissen Waffenstillstand. Die Nachfolger Stalins mussten sich mit dem bis 1945 erreichten Herrschaftsgebiet begnügen. Immer wieder brachen aber im Sowjetimperium Aufstände der unterdrückten Völker aus, die Moskau brutal niederknüppelte. Erinnert sei dabei an Ungarn 1956 und Prag 1968.

Am 24. Dezember 1979 unternahm die sowjetische Armee mit der Besetzung von Afghanistan erneut eine Intervention ausserhalb des eigenen Machtbereichs. Diese scheiterte am Widerstand der afghanischen Mujaheddin kläglich und die 40. Armee der Sowjetunion musste im Februar 1989 aus Afghanistan abziehen. Dieser verlorene Krieg sowie die damit erlittenen Kriegskosten und der wirtschaftliche Niedergang dürften den Untergang der UdSSR besiegelt haben. Ende 1991 wurde die Sowjetunion aufgelöst. Neue Staaten wurden unabhängig. Dazu gehörten die baltischen Republiken, Weissrussland, die Ukraine, Georgien, Armenien, Aserbaidschan, die zentralasiatischen Republiken und auch die Russische Föderation.

Die Clinton-Administration, die der Bush-Regierung folgte, verfolgte die Vorstellung Sicherheit, dass für die Zukunft jede Kriegsgefahr aus Russland gebannt worden war. Dabei übersahen insbesondere die Clinton-Leute, dass die früheren Chefs des KGB über eine Revanche gegenüber den USA nachdachten. Dieses Netzwerk bereitete die Ablösung von Jelzin und die Machtergreifung durch einen jungen Kollegen aus KGB-Zeiten, Wladimir Putin, gezielt vor. Nach dem Ende des NATO-Krieges gegen Serbien 1999 wurde Putin zuerst Ministerpräsident und dann dank dem zweiten erfolgreichen Krieg gegen die Tschetschenen zum Präsidenten erkürt. Der ihm von den früheren Oberen des KGB gesetzte Auftrag wurde ab 2008 immer klarer. Mit Hilfe der ethnischen und sprachlichen Einheit der Russen und unterstützt durch die russisch-orthodoxe Kirche war das alte zaristische Imperium schrittweise zu restaurieren.

Die erste Stossrichtung der Wiederaufrichtung war 2008 der Krieg gegen Georgien. Die zweite Stossrichtung war die Einverleibung der Krim und damit die geopolitische Kontrolle des Schwarzmeers. Das nächste Ziel ist die Eingliederung der Ukraine in den russischen Machtbereich. Eine Allianz mit Bulgarien und Serbien könnten folgen. Vermutlich ist eine weitere Stossrichtung zur Ostsee geplant. Gezielt setzen die Herrscher in Moskau dabei die seit 2008 modernisierten und aufgerüsteten Streitkräfte als Machtmittel ein.

Russland, ein Staat von Putins Gnaden?

Für den Aussenstehenden weist Russland im Innern alle Attribute des alten Zarenreichs auf. Dazu gehören insbesondere die für jedermann sichtbaren Prunkauftritte Putins. Auch das Zelebrieren des Ritus der seit 1992 wieder auferstandenen russisch-orthodoxen Kirche gehört dazu. Übersehen wird allerdings, dass diese durch Stalin ausradierte Kirche, nur dank den massiven Geldzuwendungen des russischen Staates wieder auferstehen konnte. Die Wiederbelebung der russisch-orthodoxen Kirche, die bereits unter Gorbatschow erfolgte, beruhte in den achtziger Jahren auf der Erkenntnis der Sowjetführer, dass die kommunistische Ideologie als Mechanismus für die Herrschaft über den Sowjetstaat ausgedient hatte. Deshalb griffen die Machthaber in Moskau für die Führung ihrer Untertanen auf das bereits durch die Zaren erprobte Mittel der russisch-orthodoxen Kirche.

Die Zeremonien des Staates und der Kirche sind aber nur Fassade. Bereits die Väter des Marxismus haben die Religion als Opium für das Volk bezeichnet. In Tat und Wahrheit dient das System anderen Zielen. Dank den Lieferungen von Rohstoffen an die Europäer und Chinesen erwirtschaftet Russland enorme Reichtümer. Dieser Reichtum wird aber nur in bescheidenem Masse für die Finanzierung des Aufbaus der Infrastruktur und der Linderung der Armut des grössten Teils der Bevölkerung eingesetzt. An der Spitze dieses neuen Russlands herrscht Wladimir Putin. Um ihn herum dienen ihm seine Verbündeten, die Mitglieder des neuen Politbüros. Dazu gehören u.a. der Ministerpräsident Dmitri Medvedev, der Chef der präsidialen Verwaltung, Sergei Ivanov, der Direktor der russischen Technologie, Sergei Chemezov, der Stellvertretende Ministerpräsident, Vyacheslav Volodin und der Geschäftsführer von Rosneft, Igor Sechin.

Neben der Kirche wird die Bevölkerung mit Hilfe eines riesigen Sicherheitsapparates und der Justiz kontrolliert.

USA und die NATO: Schutzschirm der EU

Zwecks Rechtfertigung der russischen Machtpolitik werden die USA und die NATO oft zu immerwährenden Feinden hochstilisiert. Gleichzeitig setzen die russischen Machthaber mit ihren aussenpolitischen Aktivitäten alles daran die Machtstellung der USA herauszufordern und die Einheit der NATO zu untergraben. Beispiele dafür sind die Torpedierung der Syrienpolitik der Obama-Administration sowie die Friedensschalmeien an die Adresse von Berlin.

Seit den 80er Jahren versucht die Sowjetunion bzw. Russland Deutschland als Verbündeten in der NATO einzusetzen. Begünstigt werden diese «Schachzüge» durch die Tatsache, dass die Deutschen seit 1991 jede aussenpolitische Auseinandersetzung vermeiden wollen. Die Friedenssehnsucht der Deutschen kennt nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg fast keine Grenzen. Gleichzeitig hat sich Deutschland mit der Belieferung durch Erdgas und seinen Investitionen in Russland in eine gewisse geopolitische Abhängigkeit von Moskau begeben.

Mit dem Herausfordern der NATO könnte Moskau der EU ihren militärischen Schutzschirm rauben. Ohne diesen Schutzschirm könnte das politische und wirtschaftliche Gebilde der EU langfristig zusammenbrechen. Die EU kann politisch auf die Dauer nur dank dem Schutzschirm der NATO politisch und militärisch überleben. Dazu kommt noch, dass die europäischen Staaten in Verkennung der Aufrüstung Russlands seit 1991 laufend abgerüstet haben. Das dadurch eingesparte Geld ist in die Kassen der sozialen Wohlfahrt der EU-Staaten geflossen. Ohne den nuklearen Schirm der USA, die als «Extended Deterrence» funktioniert, würden die Europäer möglichen machtpolitischen Ambitionen von Moskau schutzlos ausgeliefert sein.

Russlands Window of Opportunity

Die russische Wirtschaft ist immer noch und wird es auch in der Zukunft bleiben, ein reiner Energie- und Rohstofflieferant für andere Staaten. Solange diese Drittstaaten auf diese Lieferungen angewiesen sind, wird das Bruttosozialprodukt von Russland wachsen. Ist dies einmal nicht mehr der Fall – Ursachen könnten die Erschöpfung der Rohstoffvorräte Russlands und/oder die Entwicklung von Alternativenergieträger sein – könnte die russische Wirtschaft kollabieren.

Ein weiteres Problem von Russland ist der galoppierende Schwund an «echten» Russen. Pro Jahr nimmt die russische Bevölkerung um ca. 1 Million Menschen ab. Ein Russland mit einer Bevölkerung von 100 Millionen ist absehbar. Mit 100 Millionen können aber die Nachfolger von Putin das Land nicht mehr kontrollieren und zusammenhalten. Nur schon aus diesem Grunde muss Russland sehr bald die Brüdervölker zurückholen. Die machtpolitische Unfähigkeit der Obama-Administration, sowie die Energie- und wirtschaftliche Abhängigkeit Deutschlands stellen für Russland jetzt ein **«Window of Opportunity»** dar, das sich nicht sobald wiederholen dürfte und das es nun auszunützen gilt.



Prof. Dr. Albert A. Stahel, ehemals Dozent für Strategische Studien an der Militärakademie der ETH Zürich, verstärkt das Team von Portas Capital.
Portas Capital AG, Vermögensverwalter und Berater in Fragen der Anlagestrategie, Portfolio Konstruktion und Produkte Selektion baut im Hinblick einer weiteren Expansion sein Beraterteam weiter aus.
Prof. Dr. Albert A. Stahel wird die Portas Capital AG und ihre Kunden beraten.

Er ist verheiratet und Vater von zwei erwachsenen Kindern. Von 1980 bis 2006 war er hauptamtlicher Dozent für Strategische Studien an der Militärakademie der ETH Zürich. Ab Wintersemester 1986 bis heute ist Albert A. Stahel Titularprofessor der Universität Zürich für das gleiche Lehr- und Forschungsgebiet. Seine Forschungsergebnisse wurden in über 400 Beiträgen in internationalen und nationalen Fachzeitschriften publiziert, ausserdem auch in Büchern und Buchbeiträgen. Seit Oktober 2006 ist er Leiter des Instituts für Strategische Studien in Wädenswil. Albert A. Stahel veröffentlichte Publikationen zu aktuellen Themen wie Geopolitik und Geostrategie und unternahm Studienreisen nach China, in die USA, nach Zentralasien, Afghanistan, Russland und in die arabische Welt. In der Schweizer Armee ist Prof. Dr. Albert A. Stahel Oberstleutnant a.D. der Fliegertruppen.

Disclaimer
Die Informationen und Meinungen in diesem Bericht wurden von Portas Capital am angegebenen Datum erstellt und können sich ohne vorherige Mitteilung ändern. Der Bericht wurde einzig zu Informationszwecken publiziert sowie an eine ausgewählte Anzahl natürlichen und juristischen Personen unter Vertraulichkeit versandt. Der Bericht wurde ohne Berücksichtigung der Zielsetzungen, der finanziellen Situation oder der Bedürfnisse eines bestimmten Kunden erstellt. Die Informationen stammen aus oder basieren auf Quellen, die der Portas Capital als zuverlässig erachtet. Dennoch kann keine Gewähr für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Informationen geleistet werden. Die Portas Capital lehnt jede Haftung für Verluste aus der Verwendung dieses Berichts ab. Der Bericht enthält keinerlei Empfehlungen rechtlicher Natur oder hinsichtlich Investitionen, Rechnungslegung oder Steuern. Verweise auf frühere Entwicklungen sind nicht unbedingt massgebend für künftige Ergebnisse. Die Weiterverwendung des Berichts sowie damit verbundene Erkenntnisse dürfen nur mit ausdrücklicher Zustimmung von Portas Capital geschehen. Die Publikation des Newsletters oder Teile davon dürfen nicht in öffentlich zugänglichen Medien erscheinen.